

ARGUMENTATIONSHILFE

Auslandseinsätze der Bundeswehr

DIE LINKE.

THEMA

AUSLANDSEINSÄTZE DER BUNDESWEHR

Seit den 1990er Jahren sind deutsche Soldaten wieder in Kampfeinsätzen, aktuell mit fast 2000 Soldaten. Die Begründungen dafür klingen gut: Schutz gegen Piraten vor der Küste Ostafrikas, Kampf gegen fundamentalistischen Terror in Mali, Afghanistan und Syrien, Friedenssicherung im Kosovo. Doch soziale und politische Konflikte lassen sich mit Waffen auf die Dauer nicht lösen. Stattdessen setzen sie eine Rüstungsspirale in Gang und führen zur Militarisierung der Gesellschaft. Zudem verbergen sich hinter guten Zielen oft kurzfristige Interessen (an Rohstoffen, der Abschottung gegen Geflüchtete oder der Konkurrenz mit Russland und China).

Im Ergebnis fehlt Geld dort, wo es dringend gebraucht wird: bei Investitionen in Frieden, soziale Entwicklung, Klimaschutz und mehr Kooperation. Profitieren tun vor allem die Rüstungskonzerne. Der gescheiterte Bundeswehreinsatz in Afghanistan hat 12,5 Milliarden Euro gekostet. Zehntausende Afghanen und tausende NATO-Soldaten sind gestorben. Nun ist das Land wieder in den Händen der Taliban, inklusive vieler gelieferter Rüstungsgüter.

Die LINKE will einen grundlegenden Paradigmenwechsel. Weg vom Fokus auf Militär & Aufrüstung und hin zu Bekämpfung der gesellschaftlichen Ursachen von Gewalt. Deswegen wollen wir die Bundeswehr aus Auslandseinsätzen zurückholen und massiv in Frieden, Gerechtigkeit und Demokratie investieren. Das schafft wirklich mehr Sicherheit – für alle.

Was sagen die anderen?

Auch **SPD** und **Grüne** wollen mehr Entwicklungszusammenarbeit, Rüstungskontrolle und Kooperation, halten aber an Auslandseinsätzen der Bundeswehr und der Notwendigkeit einer entsprechenden Aufrüstung fest.

Für **Union**, **FDP** und **AfD** sind Krieg und Militär ohnehin ein notwendiger Bestandteil der Politik, sie wollen im Bündnis mit USA/NATO international (noch) mehr »Verantwortung übernehmen« – und dafür die Bundeswehr ausbauen und (noch) mehr Geld für Rüstung ausgeben.

LINKE Gegenargumente

Die letzten Jahrzehnte haben gezeigt: Eine aktive Friedens- und Entspannungspolitik ist nicht unrealistisch, auch wenn gerne so getan wird. Im Gegenteil: Die Ergebnisse der Auslandseinsätze sind vielfach desaströs und unverantwortlich: Unsicherheit und neues Wettrüsten. Es ist höchste Zeit für einen Politikwechsel und einen neuen Ansatz. Dabei ist die LINKE kompromissbereit was die Schrittlänge angeht, aber es muss in die richtige Richtung gehen, d.h. weg vom Primat des Militärischen und in Richtung Deeskalation, Abrüstung und sozialer Politik. Das zeigt: Wir sind die Friedenspartei im Bundestag: Je stärker die LINKE desto friedlicher die Politik in Deutschland, Europa und weltweit.